

23.01.2023

Mündliche Anfrage

für die 21. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 25. Januar 2023

Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz

- 14 Abgeordnete Enxhi Seli-Zacharias AfD
- Am 14. Januar 2023 veröffentlichte die BILD¹ bisher unbekannte Details zum Schleuserskandal in der Kölner Ausländerbehörde.² Nachdem die Integrationsministerin im Integrationsausschuss keine näheren Informationen zur Identität der beschuldigten Mitarbeiterin der Kölner Ausländerbehörde abgeben konnte, wurde die Mitarbeiterin im Artikel der Bild jetzt namentlich inkl. Altersangabe und Foto identifiziert. Seit Oktober sitzt die Beschuldigte in U-Haft. Es bestehe der Verdacht der banden- und gewerbsmäßigen Einschleusung von Ausländern. Geschildert wird, dass der erste Kontakt zum Schleusernetzwerk über einen 32-jährigen Syrer ablief, der in Köln einen Friseursalon betrieb und für die Kölner Ausländerbehörde als Übersetzer arbeitete. In der Folge soll es zu einem persönlichen Kontakt gekommen sein, der angeblich auch über den Dienst-Mailaccount geführt wurde. Unklar sei momentan noch das damalige Tatmotiv.

Seit Anfang 2022 soll die Beschuldigte falsche Fiktionsbescheinigungen erstellt haben, die über Komplizen ins Ausland gelangten. Mit den gefälschten Papieren sollten die geschleusten Personen „quasi legal“ per Flugzeug aus der Türkei nach Deutschland einreisen, dabei aber die Papiere „verlieren“, um auf deutschem Boden bei der Einreise dann Asyl zu beantragen.

Durch weitergeleitete abfotografierte Dokumente einer Fluggesellschaft kam die Polizei der Beschuldigten schließlich auf die Spur.

¹ Vgl. <https://www.bild.de/bild-plus/regional/koeln/koeln-aktuell/beamtin-soll-falsche-bescheinigungen-ausgestellt-haben-elke-die-schleuserin-aus-82554506.bild.html?>

² Vgl. Lt.-Drucksache 18/2128 und Lt.-Vorlagen 18/395 und 18/434

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. **In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage 742 weist die Landesregierung darauf hin, dass von weiteren Angaben zu den Beschuldigten mit Rücksicht auf deren Persönlichkeitsrechte und die im Strafverfahren zu beachtende Unschuldsvermutung abgesehen wird. Im Bild-Artikel erfolgte jetzt u.a. eine Namensnennung der beschuldigten Mitarbeiterin der Ausländerbehörde, die Veröffentlichung eines privaten Fotos sowie Hinweise auf eine Beziehung mit einem syrischen Dolmetscher. Welche Erkenntnisse – über die operierenden Köpfe hinaus – hat die Landesregierung in Bezug auf das kriminelle Netzwerk?**
2. **Inwiefern wurden gegen die – nach aktuellem Stand – 26 illegal eingeschleusten Personen mittlerweile Strafverfahren bzw. aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet?**

Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

15 Abgeordneter
Thorsten Klute SPD

Im Rahmen der Krankenhausplanung in NRW wurden am 17. November 2022 die Verhandlungen über regionale Planungskonzepte begonnen. Die Bezirksregierungen wurden beauftragt, diese zu initiieren. An dem laufenden Prozess sind Krankenhausträger und Krankenkassen beteiligt.

Die Ergebnisse der regionalen Planungsprozesse sind für die Krankenhauslandschaft und die 16 gebildeten Versorgungsgebiete zentral. Sie sind damit auch für alle Menschen in und NRW von großer Bedeutung. Ob und inwiefern sich die an den Prozessen beteiligten Akteure über die Versorgungsstrukturen einigen können, ist bisher aber noch völlig unklar.

- 1. Wie ist der aktuelle Stand bei den Verhandlungen zur Umsetzung des Krankenhausplans?**
- 2. Welche Versorgungsaufträge (Leistungsgruppen und gewünschte Fallzahlen in den somatischen bzw. Belegtage in den psychiatrischen und psychosomatischen Leistungsgruppen) wurden von den Krankenhäusern bzw. Krankenhausträgern beantragt (Bitte nach regionalen Versorgungsbereichen, Krankenhäusern/Kliniken, Leistungsgruppen und gewünschten Fallzahlen differenzieren)?**

Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern

16 Abgeordnete
Elisabeth Müller-Witt SPD

In der Nacht zum 08.01.2023 wurden in Castrop-Rauxel zwei iranische Männer im Alter von 32 und 25 Jahren festgenommen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie einen islamistischen Anschlag mit einer chemischen Bombe vorbereitet haben sollen. Am 20.01.2023 wurden in der Presse neue Informationen zu diesem Vorfall veröffentlicht, die über die am Vortag vom Innenminister im Innenausschuss des Landtags bekanntgegebenen Auskünfte hinausgehen.

Unter Bezugnahme auf Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) wird berichtet, dass nordrhein-westfälische Sicherheitsbehörden offenbar schon früher und konkreter als bisher bekannt Hinweise bekommen hatten, dass in der Silvesternacht möglicherweise ein Terroranschlag in unserem Bundesland drohte. Das BKA sei am 30.12.2022 um 23.10 Uhr von einem ausländischen Dienst auf mögliche Terror-Pläne in Deutschland hingewiesen worden. Daraufhin seien vom BKA unverzüglich Ermittlungen eingeleitet worden, die am Vormittag des 31.12.2022 unter anderem ergaben, dass eine mögliche Tatörtlichkeit im Bundesland Nordrhein-Westfalen liegen könnte. Nach den Presseangaben soll ein verdächtiger Telegram-Account über ein freies W-Lan-Netzwerk außerhalb von Castrop-Rauxel bedient worden sein. Diese Erkenntnis habe das BKA am 31.12.2022 um exakt 11:58 Uhr unter anderem an die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen weitergeleitet. Dennoch seien von den nordrhein-westfälischen Behörden zunächst keine weiteren Schritte eingeleitet worden.

Am 06.01.2023 wurde schließlich eine IP-Adresse bekannt, die zu den beiden Tatverdächtigen nach Castrop-Rauxel führte. Innenminister Herbert Reul erfuhr nach eigenen Angaben von der ganzen Angelegenheit erst am Nachmittag des 07.01.2023.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. **Welche Maßnahmen haben die nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden im Zeitraum vom 31.12.2022 bis zum 07.01.2023 aufgrund der Hinweise des BKA veranlasst?**
2. **Wieso ist der Innenminister angesichts eines solchen Bedrohungsszenarios von den eigenen Behörden erst eine Woche später informiert worden?**

Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen

17 Abgeordneter
Ralf Witzel FDP

Massenhaft fehlende Eingänge bei der Grundsteuerfeststellung noch eine Woche vor Ende der zweiten Fristsetzung – Wie geht der Finanzminister mit der Problematik ausstehender Grundsteuererklärungen um?

In der dpa-Meldung „Kommunalverband appelliert: Frist zur Grundsteuererklärung einhalten“ stellt der Städte- und Gemeindebund NRW seine Sorgen bezüglich der geringen Einreichungsquote für die notwendigen Erklärungen zur neuen Grundsteuer dar.

Nach aktuellen Erkenntnissen haben kurz vor dem Ablauf der zweiten Einreichungsfrist noch rund die Hälfte der Steuerpflichtigen ihre Daten nicht bei der Finanzverwaltung eingereicht.

In der Meldung heißt es zu den Äußerungen des Hauptgeschäftsführers wörtlich:

„Niemandem sei geholfen, wenn die Finanzämter mit Schätzungen arbeiteten – das produziere nur Streit und Ärger.“

Vor dem Hintergrund der Kenntnis der aktuellen Einreichungsquote in dieser Woche ist es für den Landtag Nordrhein-Westfalen von großem Interesse, mehr über das beabsichtigte weitere Vorgehen der Landesregierung zu erfahren, um die Herausforderungen noch zu bewältigen.

- 1. Wie geht der Finanzminister mit der Problematik ausstehender Grundsteuererklärungen um?**